

## Nachgefragt bei: Michael Kunz

Mehrere schwere Erdbeben haben Afghanistan erschüttert. Der Präsident der Afghanistanhilfe erzählt, wie die Situation vor Ort ist, wie Hilfe geleistet wird und wie sich die Taliban verhalten.

# «Es herrscht eine Hungersnot»

Fabienne Jacomet

Mindestens acht Erdbeben haben vergangenes Wochenende die afghanische Grenzprovinz Herat erschüttert. Nach Einschätzung der Regierung sind Tausende Menschen ums Leben gekommen. Es folgten mehrere Nachbeben, zuletzt am Mittwoch. Die Afghanistanhilfe leistet mit lokalen Arbeitskräften Unterstützung. Auch seit der Machtübernahme durch die Taliban. Im vergangenen Dezember hatten die Taliban ein Verbot für weibliche Angestellte bei Hilfsorganisationen ausgesprochen und deren Arbeit noch erschwert. Jetzt sieht es anderes aus. Michael Kunz, Präsident der Afghanistanhilfe, gibt Auskunft über die aktuelle Lage nach den Erdbeben.

**Herr Kunz, wie ist die Situation vor Ort im Erdbebengebiet momentan?**

**Michael Kunz:** Ein Projektpartner aus dem Paschtunengebiet, der bereits viel Erfahrung in der Krisenhilfe hat, bat uns am vergangenen Sonntag um die Leistung von Nothilfe im vom Erdbeben betroffenen Gebiet. Der Projektpartner erreichte bereits am Mittwoch das Erdbebengebiet und machte sich ein Bild vor Ort. Er berichtete von unermesslichem Leid der betroffenen Menschen. Viele Ortschaften sind dem Erdboden gleichgemacht. Die Menschen suchen mit blossen Händen nach Vermissten. Es sind viele Tote zu beklagen – insbesondere Frauen und Kinder, welche sich zum Zeitpunkt des Bebens in den Häusern aufgehalten haben. Das Ausmass der Schäden und des menschlichen Leids ist immens. Die Afghanistanhilfe hat umgehend 30 000 Dollar Soforthilfe für die Opfer des Erdbebens gesprochen. Am Mittwochabend kamen nochmals 20 000 dazu.

**Können Menschen, die Hilfe brauchen, erreicht werden? Und wie?**

**Kunz:** Den Menschen mangelt es an allem. Es kommt immer wieder zu Nachbeben, welche die Menschen nicht zur Ruhe kommen lassen. Aus Angst schlafen sie unter freiem Himmel. Es fehlt ihnen insbesondere an Behausungen, Decken, Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten. Es gibt Menschen, die haben ihr ganzes Hab und Gut verloren und stehen vor dem Nichts. Der lokale Partner ist zurzeit dabei, Bedürftige für die Verteilung der Hilfsgüter zu registrieren und die Güter zu besorgen. Die Hilfeleistung ist in der mo-



Diese Aufnahme erhielt Michael Kunz am Mittwoch von einem Projektpartner vor Ort. Eine Woche zuvor standen hier noch Gebäude. BILD ZVG

**«Die Taliban sind weder in der Lage aus eigener Kraft den Wiederaufbau vorzunehmen noch die dringend benötigte Nothilfe zu leisten.»**

**VIDEO**  
Eindrücke der Zustände vor Ort unter [www.shn.ch/click](http://www.shn.ch/click)

mentanen Situation schwierig, aber möglich. Es sind Unzählige, die auf Hilfe angewiesen sind. Es gilt, unter ihnen die Bedürftigsten ausfindig zu machen und sie rasch zu versorgen.

**Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Taliban?**

**Kunz:** Eine direkte Zusammenarbeit mit den Taliban besteht nicht. Nach den ersten Erdbeben vom vergangenen Samstag baten sie die lokalen und internationalen Hilfsorganisationen aber um Unterstützung. Die Taliban lassen die Hilfe uneingeschränkt zu. Sie selbst sind nicht in der Lage, den Menschen die benötigte Hilfe zukommen zu lassen. Sie sind auf internationale Unterstützung angewiesen. Aus Erfahrungen vergangener Hilfeleistungen sorgen die Taliban bei den Verteilungen der Hilfsgüter für einen geregelten Ablauf.

**Die Taliban versprechen den Wiederaufbau. Wie realistisch ist das?**

**Kunz:** Die Taliban sind weder in der Lage aus eigener Kraft den Wiederaufbau vorzunehmen noch die dringend benötigte Not-

hilfe zu leisten. Sie sind auf internationale Hilfe angewiesen. Die Situation der Menschen war bereits vor dem Erdbeben schlecht. Die Wirtschaft liegt am Boden, und es herrscht eine Hungersnot.

**Wie ist die Situation für Frauen und Andersgläubige?**

**Kunz:** Grundsätzlich hat sich die Situation für Frauen, Minderheiten, Journalistinnen und Menschenrechtsaktivisten seit der Machtübernahme der radikalislamischen Taliban erheblich verschlechtert. Den Frauen wurde das Recht auf Bildung genommen, und sie können nur noch in ausgewählten Berufsfeldern arbeiten. Journalistinnen und Menschenrechtsaktivistinnen werden verfolgt, gefoltert und ermordet. Viele Menschen haben das Land verlassen oder sind auf der Flucht. Die Nachbarländer beherbergen bereits Millionen von afghanischen Flüchtlingen.

**Welche Hilfsgüter sind momentan am wichtigsten?**

**Kunz:** Seit der Machtübernahme hat sich auch die wirtschaftliche Situation stark

verschlechtert. Die Menschen haben ihre Arbeit verloren, und Millionen von Afghaninnen und Afghanen können ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten. Seit zwei Jahren verteilt die Afghanistanhilfe in enger Zusammenarbeit mit ihren lokalen Partnern Lebensmittel an die Bevölkerung.

**Wie kann man helfen und lohnen sich Spenden?**

**Kunz:** Das Einfachste, Ökologischste und Effizienteste, um in einer solchen Notsituation zu helfen, ist zu spenden. Die Afghanistanhilfe ist in der Lage, die Hilfsgelder innerhalb von Stunden in alle grösseren Städte Afghanistans direkt an unsere lokalen Partner zu überweisen. Dadurch können die benötigten Hilfsgüter schnell und kostengünstig besorgt werden. Zudem unterstützen wir dadurch die heimische Wirtschaft. Durch die langjährige Partnerschaft und entsprechenden Kontrollen sind wir in der Lage, die korrekte Verwendung der Hilfsmittel sicherzustellen. Die Taliban selbst profitieren von den Hilfsgeldern nicht.

Michael Kunz



Michael Kunz ist Präsident der Afghanistanhilfe. Seit 35 Jahren unterstützt der Verein verschiedene Hilfsprojekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Armutsbekämpfung und Nothilfe. Die Afghanistanhilfe ist die grösste Schweizer Hilfsorganisation in Afghanistan, die ausschliesslich aus privaten Mitteln finanziert ist und ohne öffentliche Beiträge auskommt. Das Team des Vereins arbeitet unentgeltlich.

## Hilfe für Palästinenser: «Wir müssen genauer hinsehen»

Schaffhauser SVP-Politiker wollen Schweizer Hilfsgelder für die palästinensischen Gebiete sistieren. Derweil soll die Hamas nach einem parteiübergreifenden Sinneswandel als Terrororganisation eingestuft werden.

Tobias Bolli

SCHAFFHAUSEN. Die Bilder von panisch fliehenden Teilnehmern eines Musikfestivals haben sich ins kollektive Gedächtnis der Weltöffentlichkeit eingebrannt. Über 1000 Israeli sind den Angriffen der Hamas am Samstag zum Opfer gefallen, die überwiegende Mehrheit von ihnen Zivilisten. Mehr als 100 Israeli dürften darüber hinaus als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt worden sein. Die Schweiz unterhält als einziges westliches Land Beziehungen zur Hamas, welche diese Gräueltaten verübt hat. Das soll sich nun ändern. Einstimmig hat die Sicherheitskommission des Nationalrats den Bundesrat

dazu aufgefordert, die Hamas als Terrororganisation einzustufen.

«Es gibt gewisse Organisationen, die vor nichts zurückschrecken. Ihnen gegenüber müssen wir eine viel härtere und konsequentere Haltung haben», sagt Thomas Hurter (SVP), der sich als Schaffhauser Nationalrat in der Sicherheitskommission betätigt. Er zeigt sich überrascht davon, dass sich innerhalb der Sicherheitskommission auch alle Mitglieder der Mitte und des linken Spektrums überzeugen liessen. Nur ein Jahr zuvor stimmte eine Mehrheit des Nationalrats noch gegen einen Vorstoss von Lukas Reimann (SVP), der ebenfalls ein Verbot der Hamas forderte. «Es erfüllt mich mit Befriedigung, dass wir dem Bundesrat mit dem einstimmigen Entscheid nun ein klares Zeichen gegeben haben.»

**«Sind zu blauäugig unterwegs»**

Bevor der Bundesrat den Auftrag erhält, muss das Parlament der Motion in der Wintersession noch zustimmen, das dürfte angesichts des einstimmigen Vo-

tums der Kommission aber eine blosse Formsache sein. Was die Schweizerische Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete angeht, hat Hurter eine klare Meinung. «Wir sind generell viel zu blauäugig unterwegs und müssen viel genauer hinschauen. In einer ersten Phase sollten wir den Geldfluss sicher stoppen. Es braucht nun ein eindeutiges Zeichen der palästinensischen Bevölkerung, dass sie sich von der Hamas ganz klar distanziert.» In den kommenden Jahren hat die Schweiz 32 Millionen Franken für verschiedene Projekte in den palästinensischen Gebieten vorgesehen.

Ständerat Hannes Germann (SVP) schlägt in die gleiche Kerbe. «Wir schicken Gelder an über 20 palästinensische Organisationen. Damit sollten wir jetzt aufhören und generell über die Bücher gehen. Ansonsten gerät die Hamas intern nicht unter Druck und man lässt sie gewähren.» Die Organisation habe mit ihrem Überraschungsangriff den Beweis dafür erbracht, dass sie niemals eine Partei in Friedensverhandlungen

sein könne. Wer willkürlich Familien und Kinder umbringe, disqualifiziere sich selbst.

**Eigentlich keine Überraschung**

Im Übrigen habe die Hamas schon vor den jüngsten Massakern ihr wahres Gesicht gezeigt. «Seit Jahren schießen sie wahllos gegen Wohngebiete.» Bereits zuvor sei der Austausch mit der Gruppe «ein falsch verstandenes Gutmenschenentum» gewesen. Die Schweiz brauche die Hamas nicht, um im Nahostkonflikt zu vermitteln. Der Einstimmigkeit in der Sicherheitskommission traut er derweil nicht so ganz. «Es sind bald Wahlen, und alles ist noch im Bereich der Ankündigung.» Namentlich linke Politiker müssten entsprechende Tatbeweise auch nach den Wahlen noch erbringen. Zuvor habe es viele Versuche gegeben, die Hamas zu verbieten, diese seien jedoch stets – auch von den jetzigen Ja-Sagern – verhindert worden.

Ständerat Thomas Minder (parteilos) ist Mitglied der Sicherheitspolitischen

Kommission des Ständerats. Als solcher habe er bereits beantragt, ein Verbot der Hamas an der nächsten Sitzung im Oktober zu traktandieren. «Ja, ich bin der Meinung, dass man die Hamas als kriminelle Organisation wie IS und Al-Qaida verbieten muss. Das geltende Gesetz erlaubt dies bereits heute», schreibt er aus Bern. Damit kann Minder die Argumentation des Bundesrats nicht nachvollziehen. Dieser hatte bis anhin darauf hingewiesen, dass die Hamas keinen Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats unterliege und deshalb nicht auf die Liste der Terrororganisationen gesetzt werden könne. Zur Frage der Weiterführung oder Aussetzung der Entwicklungshilfe wollte sich Minder noch nicht äussern.

**Munz hält sich zurück**

Nationalrätin Martina Munz (SP), die nicht Mitglied der Sicherheitskommission ist, glaubte sich gestern noch nicht in der Lage, einen informierten Kommentar abzugeben. Es gehe gerade alles sehr schnell, sagte sie.